

Tabelle 2
Ausgaben für die Freizeitgestaltung
Monatsdurchschnitt je Haushalt 1978

Verwendungszweck	Haushalte mit			
	mittl. Einkommen (Typ 2)		höh. Einkommen (Typ 3)	
	DM	%	DM	%
Außerhalb des Urlaubs	268,89	72,2	451,31	68,3
Bücher, Brosch., Zeitung, Zeitschr.	34,46	9,3	60,65	9,2
Fernseh-, Rundfunk-, Phonogeräte ¹⁾	36,98	9,9	49,74	7,5
Kraftfahrzeug ²⁾	57,48	15,4	83,73	12,7
Sport und Camping	34,26	9,2	60,02	9,1
Gartenpflege und Tierhaltung	20,60	5,5	21,64	3,3
Spiele und Spielzeug	17,67	4,8	27,84	4,2
Kino, Theater, Konzert u. ä.	8,51	2,3	19,18	2,9
Fotografieren, Filmen ³⁾	11,26	3,0	16,85	2,5
Sonstiger Freizeitbedarf	47,67	12,8	111,66	16,9
Im Urlaub	103,36	27,8	209,54	31,7
Insgesamt	372,25	100	660,85	100

¹⁾ Einschließlich Gebühren. — ²⁾ 30% der Gesamtaufwendungen für das Kraftfahrzeug außerhalb des Urlaubs. — ³⁾ Ohne Kosten für Entwickeln und Kopieren, die im sonstigen Freizeitbedarf enthalten sind.

Haushaltstyp 2 merkbare Unterschiede auf. Insgesamt betragen die Ausgaben für das Kraftfahrzeug hier 318 DM. Ins Gewicht fielen dabei besonders die Zahlungen für Kraftstoffe (131 DM) und für fremde Reparaturleistungen (68 DM). Ursächlich für die doch merklich höheren Ausgaben dieses Haushalts-

typs dürfte unter anderem die anspruchsvollere Ausstattung mit Kraftfahrzeugen sowie möglicherweise eine größere Wartungsfreudigkeit sein.

Freizeit, Urlaubs- und Erholungsreisen

Die Ausgaben für Freizeitgüter sind in den vergangenen Jahren laufend gestiegen. Steigender Lebensstandard und mehr Freizeit bewirkten, daß diese Ausgaben im Budget der privaten Haushalte an Bedeutung zugenommen haben. Im Jahre 1978 betrug der Anteil dieser Aufwendungen beim Haushaltstyp 2 monatlich mit gut 372 DM rund 17%, beim Haushaltstyp 3 (661 DM) immerhin schon 19,5% der Ausgaben für den Privaten Verbrauch.

Unter den Aufwendungen für Freizeitgestaltung werden dabei alle aufgliederbaren Zahlungen für Bildung und Unterhaltung, Hobby, Sport und Camping sowie für den Urlaub zusammengefaßt. Darüber hinaus werden 30% der laufenden Ausgaben für Kraftfahrzeuge (ohne Urlaub) hinzugerechnet.

Im einzelnen entstanden in den Haushaltstypen 2 und 3 allein während des Urlaubs monatliche Ausgaben in Höhe von 103 DM bzw. 210 DM. Neben den Aufwendungen für das Fahrzeug (57 DM bzw. 84 DM) bilden die Ausgaben für Fernseh-, Rundfunk- und Phonogeräte (einschl. Gebühren) mit 37 DM bzw. 50 DM einen beachtlichen Posten im Freizeitbudget. Die Ausgaben für Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften betrugen bei Haushaltstyp 2 (34 DM) geringfügig mehr als die Hälfte der von Haushaltstyp 3 (61 DM) geleisteten Ausgaben.

Dipl.-Volkswirt Engelbert Drißner

Die kommunalen Finanzen 1978

Auf dem kommunalen Sektor zeigt die finanzpolitische Entwicklung, daß auch bei den Gemeinden die aktive Einnahmepolitik auf die Haushaltsgestaltung zur Erreichung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts immer stärker praktiziert wird, unterstützt durch eine zur Zeit expansive Haushaltspolitik des Bundes und des Landes.

Die Rezessionsfolgen, die sich in den kommunalen Haushalten ab 1975 in einem Nachlassen der Investitionstätigkeit und daraus folgend in einem rückläufigen Anteil des Vermögenshaushalts an den Gesamtausgaben äußerte, sind im Jahre 1978 überwunden. Unterstützt durch das unerwartet günstige Ansteigen der Steuereinnahmen im Jahre 1977 und die Investitionsprogramme des Bundes begannen die Gemeinden (Gv) wieder zu investieren.

Forcierte Investitionstätigkeit

Nach den Ergebnissen der Kassenstatistik beliefen sich 1978 die bereinigten Ausgaben der Gemeinden (Gv) auf 22,2 Mrd. DM, denen 22,5 Mrd. an bereinigten Einnahmen gegenüberstanden. Im Vergleich zum vorangegangenen Rechnungsjahr sind die Ausgaben um 11,1% und damit etwas mehr als die Einnahmen (7,3%) angewachsen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die gesamten Finanzdaten 1978 mit den Ergebnissen des Vorjahres aus zwei Gründen nur eingeschränkt vergleichbar sind, und zwar sind durch das Inkrafttreten der Kassenverordnung zum 1. 1. 1977 im Jahre 1977 sowohl

Buchungen der Auslaufperiode 1976 wie Buchungen zum Jahresende enthalten, die nach altem Recht erst 1978 hinzugerechnet worden wären; zum anderen sind, bedingt durch die Umstellung der Krankenhäuser auf kaufmännische Buchführung die Ergebnisse des Jahres 1977 zu Vergleichszwecken ohne Krankenanstalten dargestellt. Im Haushaltsvolumen 1978 können aber nicht erkennbare Ausgaben und Einnahmen kleineren Umfangs solcher Krankenhäuser enthalten sein, die erst nach dem 1. 1. 1979 ihr Rechnungswesen umstellen. Von dem Ausgabevolumen mit 22,2 Mrd. DM dienten zwei Drittel dem laufenden Verbrauch und damit unabweisbaren Leistungen (Verwaltungshaushalt). Die Personalausgaben als dessen wichtigster Bestandteil sind gegenüber dem Vorjahr

Tabelle 1
Ausgabenentwicklung 1974 bis 1978

Jahr	Ausgaben Mill. DM	Davon	
		Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt
		%	
1974	21 331,5	65,4	34,6
1975	21 289,9	69,0	31,0
1976	22 992,1	71,3	28,7
1977	25 378,7	71,1	28,9
1978	25 523,1	68,3	31,7

Tabelle 2

Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden (Gv) 1978 und 1977 nach Arten

Art	1978 ¹⁾		1977 ¹⁾²⁾		Veränderung	
	Mill. DM	%	Anteil in		Mill. DM	%
			Mill. DM	%		
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	14 128,2	63,7	13 137,5	65,8	990,7	7,5
darunter: Personalausgaben	4 533,4	20,5	4 014,4	20,1	519,0	12,9
Sächliche Ausgaben	3 052,3	13,8	2 794,6	14,0	257,7	9,2
Zinsen	635,7	2,9	698,3	3,5	- 62,6	- 9,0
Zuweisungen und Zuschüsse ³⁾	3 825,1	17,3	3 518,3	17,6	306,8	8,7
Ausgaben des Vermögenshaushalts	8 035,1	36,3	6 816,5	34,2	1 218,6	17,9
darunter: Baumaßnahmen	4 727,3	21,3	3 739,1	18,7	988,2	26,4
Vermögenserwerb	1 441,9	6,5	1 240,3	6,2	201,6	16,3
Tilgung	1 055,2	4,8	1 134,0	5,7	- 78,8	- 6,9
Zuführung an Rücklagen	351,0	1,6	293,0	1,5	58,0	19,8
Ausgaben insgesamt	22 163,3	100	19 954,0	100	2 209,3	11,1
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	17 485,1	77,9	16 621,5	79,5	863,6	5,2
davon: Steuern und steuerähnliche Einnahmen	6 892,1	30,7	6 682,7	31,9	209,4	3,1
Zuweisungen und Zuschüsse ³⁾	8 235,7	27,8	8 062,2	29,0	173,5	2,9
Sonstige Einnahmen	4 357,3	19,4	3 876,6	18,5	480,7	12,4
Einnahmen des Vermögenshaushalts	4 968,5	22,1	4 297,8	20,5	670,7	15,6
darunter: Schuldenaufnahmen	1 233,1	5,5	1 186,9	5,7	46,2	3,9
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	1 649,4	7,3	1 216,9	5,8	432,5	35,5
Einnahmen insgesamt	22 453,6	100	20 919,3	100	1 534,3	7,3

¹⁾ Ohne Zahlungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, ohne kalkulatorische Ausgaben/Einnahmen, ohne Lastenausgleichsleistungen und nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – ²⁾ Bereinigt um die Ausgaben und Einnahmen für Krankenhäuser. – ³⁾ Einschließlich Erstattungen.

um 12,9% angewachsen und liegen damit über der allgemeinen Ausgabenentwicklung. Diese Steigerung dürfte aber im Hinblick auf die verhältnismäßig niedrigen Tarifaufschläge im öffentlichen Dienst und einer nur mäßigen Personalausweitung (3,4%) aus den vorstehend dargelegten Gründen etwas überhöht sein. Die Bundesregierung kommt bei ihren Berechnungen auf eine Ausgabensteigerung bei den Personalausgaben im kommunalen Sektor von 6,7%. Dasselbe gilt auch für die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben, die um 9,2% ausgeweitet wurden, während die Zinszahlungen als Folge zurückhaltender Kreditaufnahmen, günstiger Konditionen und verstärkter Tilgungsleistungen um 9% unter dem Vorjahresniveau liegen. Jede dritte Mark wurde 1978 für den Vermögenshaushalt aufgewendet; in ihm haben die Baumaßnahmen mit einem Volumen von 4,7 Mrd. DM das größte Gewicht. Trotz der im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Viertel kräftig erhöhten Ausgaben für investive Maßnahmen hat sich der Vermögenshaushalt nur um 17,9% ausgeweitet. Hier macht sich der Rückgang der im Jahre 1977 außergewöhnlich hohen Tilgungsleistungen um 6,9% ausgabenmindernd bemerkbar. Die forcierte Investitionstätigkeit der Kommunen war vor allem im Bereich des Tiefbaus zu erkennen, denn für den Straßenbau wurden 1182 Mill. DM und damit um 19,4%, für die Abwasserbeseitigung um 27,9% mehr ausgegeben als ein Jahr zuvor. Weitere 825 Mill. DM wurden in den Schulhausbau investiert. Für den Erwerb von Grundstücken und beweglichen Sachen mußten 1442 Mill. DM und damit um ein Sechstel mehr als ein Jahr zuvor aufgewendet werden.

Steuern nur um rund 3% ertragreicher

Das Rückgrat der Einnahmen des Verwaltungshaushalts mit einem Volumen von 17,5 Mrd. DM bilden die Steuern, die drei Zehntel aller kommunalen Einnahmen (6,9 Mrd. DM) ausmachen und die sich infolge steuererleichternder Maßnahmen gegenüber 1977 nur um 3,1% verbesserten.

Vor allem aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (2889 Mill. DM), der zweitgrößten Steuerquelle der Gemeinden, konnten 1978 kaum höhere Einnahmen verbucht werden als im Jahr zuvor. Aber auch die Gewerbesteuer, auf die rund zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens entfällt, war nur um 3,1% ertragreicher. Neben den Steuereinnahmen flossen in nahezu gleicher Höhe (6,2 Mrd. DM) vom Bund und Land empfangene Zuweisungen und Zuschüsse in die Gemeindekassen. In diesen Beträgen sind die Leistungen des Landes

für den kommunalen Finanzausgleich, den Schullastenausgleich, die Einnahmen aus Umlagen der Landkreise und sonstiger Verbände zur Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben enthalten. Die sonstigen Einnahmen, die überwiegend aus Gebühren als weiterer wichtiger Einnahmequelle stammen, sind mit 12,4% auf 4,4 Mrd. DM ungleich stärker als die Steuern angewachsen. Da die Einnahmensteigerung relativ niedriger war als die der Ausgaben, erreichte die aus Einnahmen der Verwaltungshaushalte abzüglich der Tilgungsverpflichtungen und der Kreditbeschaffungskosten verbleibende Investitionsrate mit 1043,1 Mill. DM nicht nur nicht das Ergebnis des Jahres 1977 mit 1637,7 Mill. DM, sondern ist mit einer Vorjahresquote von 32,9% auf eine solche von 16,9% im Jahre 1978 sogar nahezu halbiert worden. Die Gründe dafür liegen bei den wenig ertragreichen Steuern, zum anderen bei den nach wie vor hohen Schuldentilgungen der Kommunen.

Der Vermögenshaushalt mit einem Einnahmenvolumen von rund 5 Mrd. DM enthält im wesentlichen die für die Sachinvestitionen notwendigen Finanzierungsmittel. Trotz aller konjunkturellen Erfordernisse verhielten sich die Kommunen auch 1978 mit ihrer Kreditfinanzierung in Höhe von 1233,1 Mill. DM (+ 3,9%) noch zurückhaltend. Dagegen haben die Investitionszuweisungen (1649,4 Mill. DM) mit einem Mehr um 35,5% gegenüber dem Vorjahr enorm zugenommen. Hier wird sehr deutlich, wie sehr Bund und Land sich bemühen, durch verstärkte Investitionszuschüsse auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht einzuwirken.

Tabelle 3

Kommunale Steuereinnahmen

Steuerart	1978	Anteil	1977	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Grundsteuer A	64	0,9	71	- 9,9
Grundsteuer B	757	11,0	723	4,7
Gewerbesteuer (100%)	4 516	65,5	4 367	3,4
./. Gewerbesteuerumlage	1 553	22,5	1 502	3,4
Realsteuern	3 784	54,9	3 659	3,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2 889	41,9	2 830	2,1
Sonstige Steuern	219	3,2	194	12,9
Insgesamt	6 892	100	6 683	3,1

Tabelle 4
Entwicklung der Gewerbesteuer

Jahr	Ist-Aufkommen	Grundbetrag	Hebesatz
	1000 DM		%
1974	3 353 610	1 030 940	325
1975	3 306 583	974 062	339
1976	3 736 041	1 086 510	344
1977	4 316 458	1 248 906	346
1978	4 501 206	1 291 860	348

Steuersenkende Maßnahmen bei der Gewerbesteuer

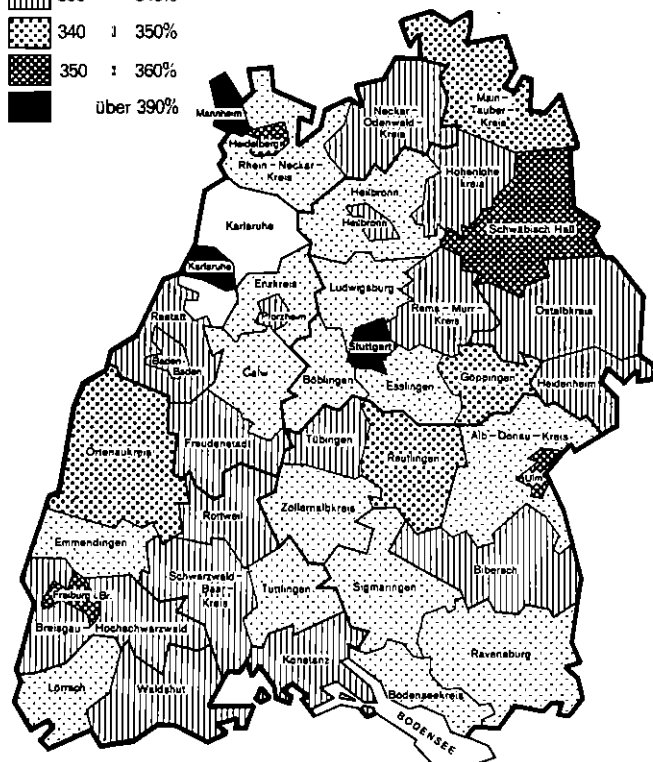
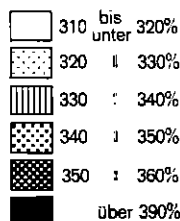
Nachdem der Gesetzgeber im Jahr 1975 mit dem Abbau der Gewerbesteuer begonnen, 1978 weitere steuersenkende Maßnahmen eingeführt hat und 1980 den Freibetrag der Gewerbesteuer nochmals erhöhen will, erscheint es geboten, diesen Eckpfeiler kommunaler Steuereinnahmen genauer zu betrachten. Das Aufkommen ist innerhalb eines Fünfjahreszeitraums von 3354 Mill. DM um rund ein Drittel auf 4501 Mill. DM angewachsen, wobei in den Jahren 1976 und 1977 durch höhere Abschlußzahlungen und Vorauszahlungsmaßnahmen relativ hohe Steigerungsraten mit 13,0% und 15,5% zu verzeichnen waren. Da die Ergiebigkeit der Grundbeträge (Steuermeßbeträge ohne die von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Hebesätze) innerhalb des Fünfjahreszeitraums mit 25% die Steigerung des Istaufkommens nicht erreichte, ist die zwischen beiden Ergebnissen liegende Spanne durch die Änderung des Hebesatzniveaus zu erklären. Dieses hat von 325 v. H. auf 348 v. H. um 23 Prozentpunkte zugenommen. Im Jahre 1978 bewegte sich die Hebesatzspannung der Gewerbesteuer bei den einzelnen Gemeinden zwischen 296 und 350 v. H., dieser Spanne gehörten 98,5% aller Gemeinden an. Den höchsten Hebesatz haben die Großstädte mit über 200 000 Einwohner zu verzeichnen und zwar Mannheim (430 v. H.), Stuttgart (410 v. H.), Karlsruhe (395 v. H.) und Freiburg (360 v. H.). Die kreisangehörigen Gemeinden wiesen im Landesdurchschnitt einen Hebesatz von 331 v. H. auf. Innerhalb der einzelnen Landkreise variieren diese zwischen 317% (Landkreis Karlsruhe) und 358% (Landkreis Schwäbisch Hall). 15 Landkreise weisen eine Hebesatzanspannung zwischen 320 und 330 v. H. auf, wobei es sich um wirtschaftlich starke Landkreise handelt, während die wirtschaftlich schwächeren 15 Landkreise in der Hebesatzgruppe zwischen 330 und 340 v. H. liegen; 3 Kreise haben einen gewogenen Durchschnittshebesatz zwischen 341 und 344 v. H. Nach den Empfehlungen der Landesregierung sollen die Gemeinden künftig die ihnen zum Ausgleich für die Steuerzufälle zufließenden Steuermittel auf dem Weg über Hebesatzsenkungen „in vollem Umfang“ an die Steuerpflichtigen weitergeben. Dieser Ausgleich resultiert zum einen aus einer 1%igen Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf 15% und aus der Herabsetzung der Gewerbesteuerumlage, die zur Zeit mit einem durchschnittlichen Anteil von 34,5% und einem künftigen von ca. 23% am Gewerbesteuer-aufkommen partizipiert.

Ausblick auf das kommende Dezennium

Der Verlauf des Jahres 1979 ist durch die eingeleiteten Auftragsvergaben auf dem Bausektor und dem damit verbundenen kräftigen Anstieg der Investitionsausgaben vorgezeich-

Gewerbesteuer - Hebesätze 1978

Durchschnitts-Hebesatz in Prozent



209 79

net. Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Annahme bietet das Ergebnis des 1. Quartals 1979, nach dem die Baumaßnahmen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 4,3% angestiegen sind. Dabei hat nach wie vor der Tiefbau Priorität. Es darf aber nicht übersehen werden, daß es sich hierbei vielfach um Endabrechnungen der Bauvorhaben aus dem Vorjahr handelt.

Für das Jahr 1980 dagegen sind hinsichtlich der Haushaltsgestaltung einige Änderungen zu erwarten. Nach einer im Sachverständigenrat bereits erreichten Übereinstimmung von Bund, Ländern und Gemeinden soll infolge der „konjunkturellen Klimaverbesserung“, mittelfristig die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte „mit Augenmaß“ vorangetrieben werden. Eine Etatkonsolidierung ist aber durch die relativ ungünstigen Einnahmeerwartungen schon vorgezeichnet, wenn nach dem Haushaltserlaß die Gewerbesteuer um 8% abgesenkt werden und soweit wie möglich auf die Bagatelsteuern verzichtet werden soll. Die Stabilitätsbemühungen werden sich dann wieder auf die Investitionsausgaben auswirken, denn das Programm für Zukunftsinvestitionen ist im Auslaufen begriffen, wenn auch wegen der Preissteigerungen im Bausektor die öffentlichen Aufträge bis in das Jahr 1980 gesteckt werden sollen.

Ruth Kretschmer